



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Frau Anke Erdmann, Vorsitzende
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43
Telefax 04331 1420-50
E-Mail fruehlich@uvnord.de

Per E-Mail: Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Rendsburg, 23.05.2014
Fr./Ch.

Stellungnahme UVNord

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Schaffung von Wahlfreiheit an Gymnasien – Drucksache 18/1648

Ihr Schreiben vom 07.04.2014

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 7. April 2014 übersenden wir Ihnen hiermit unsere kurze Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Schaffung von Wahlfreiheit an Gymnasien:

Vorbemerkung:

In die innerverbandliche Anhörung und in den Abstimmungsprozess sind alle 75 UVNord-angeschlossenen Mitgliedsverbände einbezogen worden, die über ihre 35.000 Mitgliedsunternehmen mehr als 1,5 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Schleswig-Holstein und Hamburg bieten.

Befasst wurden ferner auch die Mitglieder unseres Bildungspolitischen Ausschusses. Dieses vorangeschickt, nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Wir nehmen natürlich zur Kenntnis, die Initiativen in verschiedenen Bundesländern zur Rückkehr von G9 an Gymnasien. Wir tragen diese Initiativen aber nicht mit.

2. UVNord hält an der Zweigliedrigkeit fest: G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen.
3. Die alten Y-Modelle sollten in Zukunft auslaufen, in jedem Fall aber nicht ausgeweitet werden.
4. Auch wir erkennen Nachbesserungsbedarf bei G8. Hier handelt es sich allerdings nicht um ein Erkenntnis-, sondern um ein Umsetzungsproblem, das aktiv angegangen werden kann und muss. Einen Beitrag hierzu liefert auch der Aspekt einer Entschlackung von Unterrichtsinhalten, ohne die künftige Qualität von Unterricht bzw. der Hochschulzugangsberechtigung zu gefährden.

Fazit:

Wir erkennen an, dass die Fraktion der FDP sich mit den aktuellen schul- und bildungspolitischen Debatten in den Ländern auseinandersetzt und viele Wünsche auch von Eltern und Schülern sehr ernst nimmt. Wahlfreiheiten an Gymnasien würden aber zu einem Flickenteppich in der bildungs- und schulpolitischen Landschaft in Schleswig-Holstein führen. Wir brauchen Ruhe aus Sicht der Wirtschaft in Fragen künftiger Strukturen. Wir haben uns in der Vergangenheit stets dafür eingesetzt, dass die Verbesserung von Qualität von Unterricht Vorrang von Strukturveränderungen hat. Wir setzen daher auf starke Gymnasien mit G8 und starke Gemeinschaftsschulen mit G9.

Der Antrag der FDP-Fraktion würde mittelbar aus unserer Sicht auch zu einer Schwächung von Gemeinschaftsschulen führen.

Auch aus diesem Grund können wir den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1648, nicht unterstützen.

Für einen weiteren konstruktiven Dialog stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

